

Schaffhausen, 29. August 2014
Medienmitteilung

Parteiversammlung FDP.Die Liberalen Schaffhausen vom 28. August 2014

Wichtiges Nein zur „Einheitskrankenkasse“

Nein zur Initiative des Gastgewerbes

Klares Nein zur „Demokratie-Initiative“

Einstimmiges Nein zur „Flex-Tax-Initiative“

An der Parteiversammlung der FDP.Die Liberalen Schaffhausen vom 28. August 2014 sagten die Parteimitglieder **mit allen gegen eine Stimme NEIN zur Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“**. Ebenso **lehnten sie mit Zweidrittelmehrheit die Volksinitiative „Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes“ ab**. Bei den kantonalen Vorlagen erfolgte ein **sehr klares Nein zur Volksinitiative „Demokratie stärken: Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer“**; die **Volksinitiative „gegen überrissene Buspreise wurde einstimmig verworfen**.

Wie Parteipräsident Harald Jenny ausführte, können mit einer **staatlichen Monopolkasse** die Kosten nicht gesenkt werden und die Qualität der medizinischen Versorgung wäre gefährdet. Dank der Wahlfreiheit können unzufriedene Kunden heute die Versicherung wechseln, währenddessen eine Einheitskasse uns zu Bittstellern gegenüber Beamten machen würde. Auch das oft vorgebrachte Argument der SUVA steche nicht. Die SUVA habe kein gesamtschweizerisches Monopol, es gebe Mitbewerber, und SUVA Tarife seien oft deutlich höher als diejenigen der Mitbewerber.

Für die Initiative des Gastgewerbes setzte sich der Präsident von Gastro Schaffhausen und FDP Mitglied Tomislav Babic ein. Die Parteiversammlung zeigte Verständnis für die Anliegen der Gastronomen, wertete aber das Ziel der Entbürokratisierung der **Mehrwertsteuer** durch einen Einheitssatz höher und argumentierte, nur wegen der Konkurrenz der Gastronomie durch Take Aways sei es nicht gerechtfertigt, die ohnehin schon viel zu bürokratische Mehrwertsteuer um ein zusätzliches Partikulärinteresse zu ergänzen.

Der Konkurrenz von Take Aways müsse das Gastrogewerbe mit unternehmerischen Mitteln begegnen, nicht mit Struktur erhaltenden Steuergeschenken. Der Einheitssatz müsse konsequent vorangetrieben werden.

Die **Demokratie-Initiative** will den im Kanton Schaffhausen ansässigen Ausländerinnen und Ausländern politische Rechte in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten einräumen, wenn sie seit mindestens fünf Jahren im Kanton wohnhaft sind und über eine gültige Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung verfügen. Die Initiative durchbricht den heutigen Grundsatz der Bürgerdemokratie, wonach Bürgerrecht und politische Rechte miteinander verknüpft sind. Sie führt dazu, dass auf Stufe des Kantons und der Gemeinden andere Personen Träger der politischen Rechte sind als auf eidgenössischer Ebene.

Als irreführend beurteilte die Parteiversammlung die Volksinitiative „gegen überrissene Buspreise“. Die **Flextax-Preise** in Schaffhausen seien nicht überrissen, sondern angesichts des gut ausgebauten Angebots massvoll und tiefer als in anderen Verkehrsverbänden. Die Tarife im öffentlichen Verkehr decken kaum als die Hälfte der Kosten. Schon heute werde der grössere Anteil der Kosten im öffentlichen Verkehr mit Steuergeldern beglichen. Die Initiative liege finanzpolitisch quer in der Landschaft: Sie würde den Staatshaushalt mit einem jährlichen Beitrag von rund 1 Mio. Franken zusätzlich belasten. Daher hat sich ein breit abgestütztes Komitee aus FDP, JFDP, CVP, GLP, SVP, JSVP, EVP, EDU und SVP-Senioren zur Unterstützung der Nein-Parole gebildet. Vor dem Hintergrund der knappen Kantonsfinanzen und den Aussagen von BAKBASEL zur Finanzierung des ÖVs im Kanton Schaffhausen stehe diese Initiative quer in der politischen Landschaft.

Kontakte:

Harald Jenny, Präsident, Mobile 079 435 11 80

Brigitta Hinterberger, Geschäftsstellenleiterin, Mobile 079 784 92 86

FDP.Die Liberalen Schaffhausen, Bad. Bahnhofstrasse 16, CH-8212 Neuhausen

T +41 (0)52 625 92 62, F +41 (0)52 625 92 66, www.fdp-sh.ch